

Lothar Weirauch und der Nachrichtendienst der West-KPD

Detlef Kühn

Dem Juristen, FDP-Funktionär und Bundesbeamten Lothar Weirauch (1908 – 1983) war nach dem Krieg eine bemerkenswerte Karriere beschieden: Von 1948 bis 1950 war er als Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen tätig, danach bis 1954 als quasi Bundesgeschäftsführer („Hauptgeschäftsführer“) für die Gesamtpartei. Anfang 1956 trat Weirauch in das Bundesministerium der Verteidigung ein, wo er ab 1960 im Range eines Ministerialdirigenten die Unterabteilung Unterbringung und Liegenschaftswesen leitete. Im August 1964 berief der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, Weirauch als Ministerialdirektor zur Leitung der Zentralabteilung in sein Haus. In dieser Funktion war Weirauch auch unter Mendes Nachfolgern Herbert Wehner und Egon Franke bis zu seiner Pensionierung aus Altersgründen Ende 1973 tätig.¹ In all diesen Jahren wurde die Tätigkeit Weirauchs während des Krieges in der Regierung des Generalgouvernements als Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in Krakau mehrfach Gegenstand sowohl staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wegen Beihilfe zum Mord, die mit Einstellung des Verfahrens endeten,² als auch publizistischer Auseinandersetzungen im „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West.³ In jüngster Zeit setzte sich Bogdan Musial in seiner Untersuchung „Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944“ erneut äußerst kritisch mit der Rolle, die Weirauch in dieser Zeit spielte, auseinander.⁴ Fast noch mehr Aufmerksamkeit erregte, daß Weirauch in einschlägigen Publikationen für die Nachkriegszeit auch als Inoffizieller Mitarbeiter erst des KPD-Nachrichtendienstes („Haid-Apparat“) und dann „bis ca. 1967“ der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und „Spitzenquelle“ bezeichnet wurde.⁵ In meiner Untersuchung über „Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit“

¹ Bogdan Musial, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939.1944*, Wiesbaden 1999 (=Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien Bd. 10), S.397 f.; Gisela Rüb, *Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949-70*, München 1973 (=Münchener Studien zur Politik, hg. vom Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München, 23. Band), S.52

² Zum Ermittlungsverfahren Bundesarchiv ZStL 208 AR 1434/61 und Musial, wie Anm. 1, S.368 f.; für die Zeit vor 1945 s. auch „Akten betr. Landesoberverwaltungsrat Lothar Weirauch“ des Reichsministeriums des Innern, Bd. WNr. 894, im MfS-Zentralarchiv Z/A VI 120, Akte 1; aus letzteren geht hervor, daß am 30.1.1945 im Führerhauptquartier die Ernennung Weirauchs zum Ministerialrat ausgefertigt wurde; wenn ihm diese Urkunde bis Kriegsende ausgehändigt wurde, hätte er auf Grund des Art. 131 Grundgesetz den Titel eines Ministerialrats z.W. in den 50er Jahren zu Recht geführt, was damals bezweifelt wurde (vgl. Notiz vom 16.9.1954 in den Akten der Bundesgeschäftsstelle der FDP).

³ Goguel, Rudi (Redaktion), *Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze*. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission, Berlin (Ost) 1959, S. 204-206; *Das braune Bonn*, Frankfurt 1969, S. 113

⁴ Musial, wie Anm. 1, s. Personenregister

⁵ Müller-Enbergs, Helmut (Hg.), *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2*, Berlin 1998, S. 113, 187; Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999. S. 65 f.; Wolfgang Hartmann, *Aufklärer in der BRD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1997 (Sept.), S.1131

habe ich Zweifel an der Behauptung geäußert, Weirauch sei ein Agent des MfS gewesen.⁶ Mir danach zugänglich gewordene Unterlagen aus dem Hause des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erlauben es jetzt, die Verbindung Weirauchs zum „Haid-Apparat“ und ihre Folgen im Zusammenhang darzustellen.⁷

Markus Wolf, damals stellvertretender Leiter der Abteilung Abwehr des Außenpolitischen Nachrichtendienstes, des Vorläufers der HV A des MfS, erhielt 1952 den Auftrag, den Parteienachrichtendienst der KPD in Westdeutschland, der politisch der SED in Ost-Berlin unterstand, im Hinblick auf seine mögliche Verwendbarkeit für das MfS zu überprüfen.⁸ Der Bericht „Zur Untersuchung des Apparates der ehem. Parteiaufklärung“ vom 20. Oktober 1952 bildet das Kernstück der erhalten gebliebenen Akten des MfS, die Lothar Weirauch betreffen.⁹ Um ein Ergebnis des Aktenstudiums gleich vorwegzunehmen: Die Aussage Markus Wolfs in seinen Erinnerungen,¹⁰ „ein hoher Beamter im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, der uns noch viele Jahre mit Informationen versorgen sollte“, habe zu den „Quellen und Residenturen“ gehört, die „unbeschadet aus meinem Durchleuchten hervor(gingen)“, kann sich jedenfalls nicht auf Lothar Weirauch beziehen. Vielmehr beweist die Aktenlage, daß Weirauch von Wolf damals für einen Agenten des britischen Geheimdienstes mit engen Kontakten zum neu aufgebauten westdeutschen Verfassungsschutz gehalten wurde. Der Fall Weirauch hat 1952 entscheidend dazu beigetragen, daß SED und MfS fast alle Verbindungen der westdeutschen Parteiaufklärung abbrachen. Die Quelle „ck3“, der spätere Flick-Lobbyist Adolf Kanter, war eine der wenigen Ausnahmen, die die Überprüfung überstanden. Er wurde bis zum Ende der DDR eine der wichtigsten Bonner Quellen des MfS.¹¹

Aus der Sicht Markus Wolfs und seiner Mitarbeiter stellte sich der Fall Weirauch wie folgt dar:¹² Lothar Weirauch, der den Decknamen „X“ führte, habe sich im Herbst 1948 an den Parteivorstand der KPD gewandt und Max Reimann sprechen wollen. Er soll sich dabei auf „engere Beziehungen zur VVN und KPD in Coburg“ berufen haben. Weirauch wurde an den nordrhein-westfälischen KPD-Funktionär Rudi Wascher verwiesen, der die Angelegenheit „zuständigkeitshalber“ an den damaligen Leiter der Personalpolitischen Abteilung („Kadersekretär“) im Landesverband Nordrhein-Westfalen der KPD weiterleitete. Ernst Haberland, Deckname „Bern“, (1903-1992) war seit 1920 Mitglied des kommunistischen Jugendverbands und seit 1928 der KPD. In der Weimarer Republik und im Dritten Reich hatte er insgesamt 18 Jahre wegen seiner politischen Tätigkeit im Gefängnis, Zuchthaus oder KZ verbracht, galt also als erfahrener und erprobter Genosse.¹³ Haberland berichtete der Parteiführung über seine Gespräche mit Weirauch und wurde daraufhin

⁶ Detlef Kühn, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit, Berlin 2001 (=Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 13), S. 71-78

⁷ BStU HA II/6 Nr. 1158

⁸ Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg, 3.Aufl., München 1999, S. 65 ff.; vgl. auch Michael Kubina, Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945-1949, in: Manfred Wilke (Hg.), Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 413 ff., bes. S. 471,485, 489-491

⁹ Wie Anm. 7, Bl. 48 ff.

¹⁰ Wie Anm. 8, S. 68

¹¹ Wie Anm. 7, Bl. 208, 210; s. auch Knabe, wie Anm. 5, S. 54 ff.

¹² Wie Anm. 7, Bl. 30-36, 81, 109-120, 132-136, 223, 230, 238, 246-251, 284, 396-439

¹³ Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoths, Dieter Hoffmann (Hg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, 2.Aufl., Berlin 2001, S. 300

im November 1948 auf Vorschlag der Genossen Walter Vesper, Bruno Haid und Willy Grünert aus der offiziellen Partearbeit herausgezogen und in den (geheimen) Parteinachrichtendienst übernommen. Hier erhielt er den Auftrag, vor allem Lothar Weirauch zu führen und sich daneben noch um trotzkistische Gruppen zu kümmern.¹⁴

Haberland mißtraute Weirauch von Anfang an. Er hielt ihn für einen Agenten der Engländer und berichtete bereits am 2. Dezember 1948 entsprechend seinem unmittelbaren Vorgesetzten Walter Vesper.¹⁵ Dazu heißt es in dem Bericht vom 18. September 1952 u.a.:¹⁶ „Während seiner (Haberlands; D.K.) Zusammenarbeit mit X versuchte dieser wiederholt durch Provokationen von Bern den Nachweis zu bekommen, daß dieser Spionage-Arbeit im Auftrage der KP macht. Das ergibt sich aus folgenden Beispielen:

X erklärte, er würde gern eine höhere Stellung in einem sich neu bildenden Außenministerium annehmen. Er könne dort mehr verdienen und auch wichtige Dinge erfahren. Bern redete ihm dieses Vorhaben aus und erklärte, daß seine Tätigkeit in der FDP wichtiger sei.

X erzählte, daß er als Geschäftsführer gute Möglichkeiten habe, per Flugzeug nach Berlin zu reisen und großes Interesse hat, bei wichtigen Vorkommnissen mit den Russen Verbindung aufzunehmen. Er wollte hierdurch den Beweis haben, daß eine Verbindung über Bern besteht.

Bei einer Zusammenkunft erzählte X, daß er bei einem Saufgelage mit dem Offizier des englischen Geheimdienstes (Name geschwärzt; D.K.) erfahren habe, sie wüßten, daß bei der KPD bewaffnete Kadergruppen bestünden. Während einer Zusammenkunft im Herbst 1949 teilte ihm X mit, daß sich in Düsseldorf ein Amt für Verfassungsschutz bildet, mit dem früheren Oberst Gehrken als Leiter. Auch hier wollte X bei Nennung dieses Namens feststellen, ob Bern irgendwie darauf reagiere, da ja Gehrken während der Nazizeit im Abwehrdienst des Kriegsministeriums tätig war und im Prozeß gegen Bern als Sachverständiger vor dem Volksgerichtshof im April 1936 aufgetreten war.“

Der Verdacht Haberlands gegen Weirauch und seine entsprechenden Berichte an seinen Vorgesetzten Vesper hatten ein überraschendes Ergebnis. Haberland wurde seine Führungsaufgabe gegenüber Weirauch entzogen und dem ehemaligen Spanienkämpfer Willi Bürger, Deckname „Klaus“ (1907-1988), übertragen. Haberland wurde dabei ausdrücklich verboten, diesen über seinen Verdacht gegen Weirauch zu informieren. Seitdem galt Weirauch im Parteinachrichtendienst als völlig unverdächtige Quelle. Bürger war mit ihm und seiner Frau auch privat befreundet, was 1952 bei der Untersuchung der Vorgänge zu weitreichenden Verdächtigungen nicht nur gegenüber Bürger sondern auch gegen Vesper und den Leiter des Dienstes selbst, Bruno Haid, führte.¹⁷ Bürger wurde in dieser Zeit sogar kurzzeitig durch Richard Stahlmann, den stellvertretenden Leiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN, Vorläufer der HV A des MfS), verhaftet.¹⁸

Bürger wurden 1953 unter anderem folgende Weirauch betreffende Vorwürfe gemacht (Weirauch wurde dabei als „Informator I“ bezeichnet):¹⁹ „Bei I behauptete Bürger, daß ihm niemals über irgendwelche Beziehungen zu Engländern etwas mitgeteilt worden sei. Er mußte dann zugeben, daß ihm die engeren Beziehungen des I zu einem englischen Major sehr wohl bekannt waren, daß er die Verbindung des I zu den polnischen Emigranten-

¹⁴ Wie Anm. 7, Bl. 133 ff., 283 f.

¹⁵ Ebd., Bl. 437-439

¹⁶ Ebd., Bl. 134

¹⁷ Ebd., Bl. 49, 422-426

¹⁸ Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 13), S. 125

¹⁹ Wie Anm.7, Bl. 250

Kreisen in England kannte und wußte, daß I eine Bescheinigung über seine angeblichen Verbindungen zur Widerstandsbewegung in Polen durch einen englischen Offizier erhielt. Ebenso war Bürger über die Beziehungen von I zu einem englischen Agenten und AVS-Mann (Name geschwärzt, gemeint ist offenbar Hans-Joachim Pietsch, Weirauchs Vorgänger als Organisationsleiter der FDP-NRW; D.K.) orientiert. Bürger, der selbst einige Vorhaben dieses Agenten kannte, gab uns damals aus angeblichen Sicherheitsgründen nichts bekannt. Mit I und dessen Ehefrau unterhielt Bürger ein sehr gutes persönliches Verhältnis.“ Bei der hier erwähnten Bescheinigung, die Weirauch aus England erhalten haben soll, handelte es sich um die „Bescheinigung eines polnischen Bischofs über dessen (Weirauchs; D.K.) angeblichen Widerstandskampfes in Polen“. An anderer Stelle wurde der Aussteller der Bescheinigung als „polnischer Baron“ bezeichnet.²⁰ In Bezug auf die Aushändigung der Bescheinigung an Weirauch durch einen englischen Offizier habe „Klaus“ lediglich erklärt, X habe dies niemals verheimlicht.“²¹

Die Bedenken der Untersuchungsführer am 7. August 1952 gegen Weirauch und damit auch gegen Bürger, Vesper und teilweise sogar gegen Haid, die alle Weirauch die Stange hielten, werden in den Akten ausführlich dargestellt.²² Bürger, dem man sogar zutraute, Republikflucht zu begehen, wurde nach Zittau versetzt. Dort war er Angestellter im Planungsbüro des IFA-Fahrzeugwerkes „Phänomen“ und von 1954 bis 1957 Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung. In dieser Zeit hatte das MfS offenbar keine besondere Verbindung zu ihm. Erst am 12. Mai 1956 kamen in Berlin Heinz Wieland, Markus Wolf und Gerhard Heidenreich zusammen, um über einige aus dem ehemaligen Parteidienst stammende Genossen und ihre berufliche Zukunft zu beraten. Über Willi Bürger wurde dabei vereinbart:²³ „Es ist festzustellen, wie es diesem Genossen im Rahmen seiner Tätigkeit und in materieller Hinsicht geht. Den Genossen der Bezirksleitung ist ein Hinweis zu geben, daß Genosse B. auch auf höherer Ebene entsprechend seinen Fähigkeiten eingesetzt werden kann.“ Letzteres geschah dann auch durch eine entsprechende Eintragung in Bürgers Personalakte, die der Oberst Heidenreich am 30.6.1956 vornahm, der die noch aus dem Jahre 1952 stammende Beurteilung „Gen. Bürger war in der Aussprache unehrlich und verstrickte sich in Widersprüche. Eine Tätigkeit kann er nur in der Kreisebene ausüben“ mit der handschriftlichen Ergänzung versah „Gen. Bürger verstrickte sich in Widersprüche, weil er eine Schweigeverpflichtung, die ihm ein leitender Genosse abgenommen hat, falsch verstanden hatte. Gegen eine Tätigkeit über den Kreismaßstab hinaus ist nichts einzuwenden.“²⁴ Der „leitende Genosse“, den Bürger falsch verstanden haben soll, dürfte Bruno Haid gewesen sein, der den Parteinachrichtendienst der KPD bis 1951 geleitet hatte, es danach im Justizdienst der DDR noch bis zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt brachte und 1956 Mitglied der Kommission des ZK der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern war.²⁵ Als Mitglied dieser Kommission hatte er sicherlich Gelegenheit, etwas für seinen einstigen Mitarbeiter Bürger zu tun, der nicht ohne sein Zutun in der Partei in Verruf geraten war. Bürger wurde daraufhin Offizier der NVA und mit dem Rang eines Oberst sogar Mitglied der SED-Kreisleitung der Hauptverwaltung der NVA. Aus dem Ruhestand heraus wurde Willi Bürger 1965 noch einmal durch die HV A für inoffizielle Aufgaben in der Bundesrepublik

²⁰ Ebd., Bl. 419

²¹ Ebd., Bl. 397

²² Ebd., Bl. 418-426, 434-439

²³ Ebd., Bl. 12 f.

²⁴ Ebd., Bl. 16

²⁵ Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 13), S. 307

Deutschland reaktiviert.²⁶ Man wird wohl annehmen dürfen, daß es sich dabei um den vom MfS-Mitarbeiter Wolfgang Hartmann geschilderten Versuch handelte, Lothar Weirauch unter Nutzung des gegen ihn in Polen vorliegenden Materials aus der NS-Zeit für eine Mitarbeit in der HV A zu gewinnen. Dies ist allerdings an der ablehnenden Haltung Weirauchs gescheitert.²⁷

Im Sommer 1952 war Willi Bürger mit seiner Familie aus Westdeutschland in die DDR abgezogen worden. Vorher hatte er noch seine Quelle X, Lothar Weirauch, nach eigenen Angaben bis einschließlich August bezahlt und ihn mit Parole und Kennzeichen „konserviert“, das heißt abgeschaltet.²⁸ Es spricht derzeit nichts dafür, daß Weirauch in den Jahren danach in irgend einer Weise für das MfS tätig war. Über das von ihm bis 1952 gelieferte Material äußert sich der Verfasser des Berichts abfällig: „Die Qualität seines Materials entsprach in keiner Weise seinen Möglichkeiten und seiner Funktion.“ Weirauch habe „immer nur soviel“ berichtet, „um für uns interessant zu bleiben.“ Im übrigen habe er „immer auf der Linie der politischen Information, insbesondere über die Führung der FDP“ gearbeitet. „Von Zeit zu Zeit brachte er Materialien von Abwehrcharakter.“²⁹

Lothar Weirauch war nach dem Abbruch seiner Beziehungen zum KPD-Nachrichtendienst noch bis zum Sommer des Jahres 1954 als Hauptgeschäftsführer der Bundes-FDP tätig. Ganz freiwillig schied er dort nicht aus. Unter dem 18. September 1954 teilte der damalige Parteivorsitzende Thomas Dehler den Mitgliedern des Bundesvorstands mit: „In der gestrigen Sitzung des Organisationsausschusses ist mit Herrn Lothar Weirauch eine Vereinbarung getroffen worden, daß sein Dienstverhältnis als Hauptgeschäftsführer der Partei vertragsgemäß zum 30. Juni 1955 gelöst und daß er bis dahin beurlaubt wird.“³⁰ Zu den Gründen für Weirauchs Ausscheiden äußerte sich der Bundesschatzmeister Hans-Wolfgang Rubin am 26. März 1955 vor dem FDP- Bundesparteitag. Es habe „an der überzeugenden Leitung und einer konstruktiven Koordinierung der gesamten Arbeit“ der Bundesgeschäftsstelle gemangelt. „Nachdem auch in anderen Fragen Meinungsverschiedenheiten auftraten,“ habe sich der Vorstand entschlossen, das Verhältnis zu Weirauch zu lösen. An seine Stelle trat mit Wirkung vom 15. März 1955 Werner Stephan, ehemals Reichsgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).³¹ Zu den „anderen Fragen“, in denen „Meinungsverschiedenheiten“ mit Weirauch auftraten, gehörten nachrichtendienstliche Aktivitäten von ihm. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 8. Januar 1955, der beurlaubte Bundesgeschäftsführer Weirauch habe sein Amt abtreten müssen, „weil er Nachrichtenverbindungen zu anderen Parteien und Bundesdienststellen unterhielt.“ Um welche Art von „Nachrichtenverbindungen“ es sich dabei gehandelt haben könnte, geht aus einem Schreiben des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Friedrich Middelhaue an Thomas Dehler von Oktober 1954 hervor, in dem Middelhaue mitteilt, Weirauch habe sich an einzelne Mitglieder des Bundesvorstands „gewandt mit dem Hinweis, ich hätte ihm für seinen Nachrichtendienst (sic! D.K.) einen Auftrag erteilt.“ Zur Erläuterung dieses Hinweises fügt Middelhaue Abschriften eines Vorgangs vom Juli 1953 bei, in dem Weirauch „streng vertraulich“ über ihm bekannt gewordene Wahlpropaganda-Absichten der SPD berichtet, die die Finanzierung der Regierungsparteien betreffen. Mid-

²⁶ Ebd., S. 125

²⁷ Hartmann, wie Anm. 5; s. auch MfS AP 7663/79, Bd. 1, und Kühn, wie Anm. 6, S. 75 f.

²⁸ Wie Anm. 7, Bl. 223, 230, 238

²⁹ Ebd., Bl. 118 f.

³⁰ FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954-1960, bearbeitet von Udo Wengst, Düsseldorf 1991, S.103

³¹ Ebd., S. 112

delhauve hat damals im Gegenzug Weirauch über gewisse Informationen unterrichtet, die er über die SPD und ihre finanzielle Unterstützung durch den DGB erhalten hatte, und es für notwendig erachtet, „daß die Bundesgeschäftsstelle mit allen ihr in Bonn zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, festzustellen, ob diese Dinge der Wahrheit entsprechen.“

³² Darüber, wie weit diese „in Bonn zur Verfügung stehenden Mittel“ gehen durften, scheint es zu den von Rubin 1955 auf dem Parteitag erwähnten Meinungsverschiedenheiten gekommen zu sein. Laut einer Akten-Notiz vom 5. November 1954 der FDP-Bundesgeschäftsstelle soll Weirauch selbst jedenfalls gegenüber Mitarbeitern geäußert haben, der Grund seines Ausscheidens bestünde in der Übermittlung von SPD-Material an Vorstandsmitglieder.³³

Letztlich hat die Bundespartei wieder ihren Frieden mit Weirauch gemacht. Ein von Weirauch angestrebter Prozeß über die Abgeltung von Urlaubsansprüchen fand seine Erledigung; der Ministerialrat z.W. Weirauch erhielt von Dehler 1956 ein gutes Zeugnis, in dem ihm bescheinigt wurde, er habe „in politisch schwieriger Zeit wertvolles zum Aufbau und Ausbau der Bundesgeschäftsstelle unserer Partei beigetragen,“³⁴ und arbeitete weiter in Parteigremien mit, zum Beispiel im Fachausschuß Öffentlicher Dienst,³⁵ bis ihn der Parteivorsitzende Mende 1964 sogar als Abteilungsleiter in sein Bundesministerium holte.

Faßt man das derzeit zugängliche Material über die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Lothar Weirauchs in der Nachkriegszeit zusammen, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

- 1) Weirauch hat im Herbst 1948 gezielt den Kontakt zum KPD-Nachrichtendienst gesucht und dort bis zu seiner „Konservierung“ im Sommer 1952 mitgearbeitet.
- 2) Die Annahme des Autors des Berichts vom Oktober 1952 – d.h. wohl Markus Wolf -, bei Weirauch handele es sich um einen Agenten mit einem britischen nachrichtendienstlichen Hintergrund und guten Verbindungen zum westdeutschen Verfassungsschutz, erscheint plausibel und gut begründet. Sie steht zumindest nicht im Widerspruch zu zugänglichem westlichem Quellenmaterial.
- 3) Es spricht nichts dafür, daß Weirauch nach 1952 zu irgend einem Zeitpunkt für die HV A des MfS tätig gewesen ist. Vielmehr wurde in dieser Zeit von der DDR immer wieder öffentlich und anklagend auf seine Tätigkeit während des Krieges im Generalgouvernement hingewiesen.
- 4) Ein Versuch der HV A des MfS, Weirauch im Jahre 1965 mit einschlägigem Material aus seiner Polen-Zeit unter Druck zu setzen und für eine Mitarbeit zu gewinnen, ist damals an der brüsken Ablehnung Weirauchs gescheitert.

³² Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des Deutschen Liberalismus, N 54-131, Bestand: Carl-Hubert Schwennicke

³³ Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle der FDP vom 31.10.2001 an den Verfasser

³⁴ Entwurf in den Akten der Bundesgeschäftsstelle der FDP

³⁵ FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967, bearbeitet von Reinhold Schiffers, Düsseldorf 1993, S.499